

Schlegel, Jürgen

Bund und Länder bauen Brücken. Reform beruflicher Bildung als Chance für mobilitätsfördernde Maßnahmen

EUROPASS-Berufsbildung - Anstoß und Projekt im nationalen Reformprozess. Frankfurt, Main : GFPF 2000, S. 47-59. - (Materialien zur Bildungsforschung; 6)

urn:nbn:de:0111-opus-34962

in Kooperation mit:



GFPF

Gesellschaft zur Förderung
Pädagogischer Forschung e.V.

http://www2.dipf.de/gfpf/daten_zur_gfpf/daten_zur_gfpf.htm

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Kontakt:

peDOCS

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Informationszentrum (IZ) Bildung

Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main

eMail: pedocs@dipf.de

Internet: www.pedocs.de

GFPPF
Gesellschaft zur Förderung
Pädagogischer Forschung

IDPF
Deutsches Institut für Internationale
Pädagogische Forschung

Peter Döbrich/Harry Neß (Hrsg.)

EUROPASS-Berufsbildung
– Anstoß und Projekt im nationalen Reformprozess –

Fachtagung am 2. Juni 1999

Materialien zur Bildungsforschung
Band 6

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

EUROPASS-Berufsbildung : Anstoß und Projekt im nationalen Reformprozess ; Fachtagung am 2. Juni 1999 / GFPP, Gesellschaft zur Förderung Pädagogischer Forschung ; DIPF, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung. Peter Döbrich/Harry Neß (Hrsg.) – Frankfurt am Main : GFPP ; Frankfurt am Main : DIPF, 2000

(Materialien zur Bildungsforschung; Bd. 6)

ISBN 3-923638-24-8

Copyright © 2000 by Gesellschaft zur Förderung Pädagogischer Forschung;
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung,
Schloßstraße 29, D-60486 Frankfurt am Main

Printed in Germany
ISBN 3-923638-24-8

Inhalt**Vorwort**

V

Ansichten zur Situation

- Hans Krollmann, Staatsminister a.D., Präsident der Gesellschaft zur Förderung Pädagogischer Forschung, Frankfurt am Main:
Ausbildung und Weiterbildung angesichts fallender Grenzen in der Europäischen Union – Gedanken eines Ehemaligen 3
- Karin Wolff, Staatsministerin, Kultusministerium des Landes Hessen:
Internationale Erfahrungen hessischer Berufsschulen 11
- Peter Thiele, Regierungsdirektor, Bundesministerium für Bildung und Forschung:
Der EUROPASS ab 2000: Start frei für ein europäisches Zertifizierungssystem? 19

Perspektiven zur Weiterentwicklung

- Dr. Harry Neß, Projektleiter, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt am Main:
Erfahrungen und Erwartungen steuern den Erfolg EUROPASS-Berufsbildung – ein weiterer Schritt transnationaler Transparenz – 29
- Jürgen Schlegel, Ministerialdirigent, Generalsekretär der BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung:
Bund und Länder bauen Brücken – Reform beruflicher Bildung als Chance für mobilitätsfördernde Maßnahmen 47

IV

Prof. Dr. Josef Rützel, Technische Universität Darmstadt, Institut für Berufspädagogik: Lehrerbildungsreform unter Berücksichtigung europäischer Kompetenzen	61
Peter Schermer, Ministerialdirigent i.R., Hessisches Kultusministerium: Vom "Europass Berufsbildung" zum "Europäischen Berufsbildungspass"	89
Dr. Ursula Herdt, Leiterin des Organisationsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung der GEW: Anforderungen an die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen	109
Walter Hoffmann, MdB, Berlin: Die Weiterbildungspolitik der nationalen Gewerkschaften in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	119
Prof. Dr. Hermann Avenarius, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt am Main: Berufsbildung in Europa - Neue Herausforderungen für die deutsche Berufsbildungsforschung	139
Anlagen zur Eigeninitiative	
Entscheidung des Rates der Europäischen Union vom 21.12.1998 zur Förderung von alternierenden europäischen Ausbildungsabschnitten einschließlich der Lehrlingsausbildung	145
Adressen der Ausgabestellen für den EUROPASS in Deutschland	155

Jürgen Schlegel

Bund und Länder bauen Brücken Reform beruflicher Bildung als Chance für mobilitäts- fördernde Maßnahmen

Einleitung

Bund und Länder bauen Brücken – Reform beruflicher Bildung als Chance für mobilitätsfördernde Maßnahmen – so heißt das Thema, das mir gegeben worden ist. Ich möchte dieses Thema lieber als Frage formulieren denn als Feststellung. Ich bin nicht sicher, dass wir – Bund und Länder – schon hinreichend tragfähige Brücken mit der Reform der beruflichen Bildung gebaut haben, über die die Teilnehmer an und die Absolventen der beruflichen Bildung zu einem europäischen Arbeitsmarkt gelangen können. Wir waren uns einig, dass die duale Berufsausbildung deutscher Prägung ein Exportartikel sein müsste, haben aber nicht kritisch hinterfragt, warum sie nicht im erwarteten Umfange exportiert worden ist.

Ich will im Folgenden versuchen aufzuzeigen, wo sich Bund und Länder in der Berufsbildung in den letzten Jahren verständigt haben und wo sich hieraus Möglichkeiten für mobilitätsfördernde Maßnahmen ergeben.

In einem zweiten Schritt will ich dann – ausgehend von möglichen Veränderungen unserer Arbeitswelt – fragen, ob die bisherigen Positionen ausreichen, um unsere Berufsbildung zukunftsfähig zu erhalten.

I.

Die staatliche Berufsbildungspolitik wird in der föderalen Bundesrepublik Deutschland gleichgewichtig von Bund und Ländern bestimmt:

Die alte wie die neue *Bundesregierung*³¹ setzt in der Berufsbildungspolitik auf Kontinuität, flexible Strukturen und moderne Berufe. Nach wie vor sind aktuell:

- dynamische und gestaltungsoffene Ausbildungsordnungen für eine Arbeitswelt im Wandel
- Offenhalten der dualen Berufsausbildung als Weg in die Arbeitswelt durch differenzierte Ausbildungsangebote mit neuen Chancen für Leistungsschwächere und Leistungsstärkere
- Entwicklung neuer Berufe und beschleunigte Modernisierung für ein breites Angebot zukunftsfähiger Berufe
- moderne Rahmenbedingungen für lebensbegleitendes Lernen in flexiblen Weiterbildungsstrukturen
- mehr Mobilität in Europa durch transparente Qualifikationen
- Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung
- weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die betriebliche Berufsausbildung
- kurzfristige Mobilisierung aller betrieblichen Lehrstellenpotentiale.

Die Überlegungen der Kultusministerkonferenz (*KMK*) aus dem Jahr 1998 stellen in den Mittelpunkt die Forderung nach einer Berufsausbildung in Basisberufen als Grundlage eines Berufskonzepts. Die Ausbildung in Basisberufen bildet die Grundlage für ein Berufskonzept, das die Notwendigkeit lebenslangen Lernens einschließt. Die Lernortkooperation soll sicherstellen, dass die knappe Ressource "Lernort Betrieb" optimal genutzt wird. Dazu gehört die Förderung von Verbundlösungen unter Nutzung weiterer Lernorte – wie z.B. andere Betriebe, überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsstätten sowie berufliche Schulen. Außerdem gewinnt die Kooperation der Lernorte deshalb an zusätzlicher Bedeutung, weil nach den Vorstellungen der KMK etwa ein Drittel der Ausbildungszeit nicht bundeseinheitlich geregelt werden soll, so dass Spielräume für die Abstimmung vor Ort eröffnet werden. Einvernehmen besteht darüber, dass unterschiedliche Lernausgangslagen bei Auszubildenden heute mehr als früher das Angebot von Differenzierungsmöglichkeiten in der dualen Berufsausbildung erfordern. In diesem Zusammen-

³¹ Berufsbildungsbericht 1999 vom 14.4.1999.

hang wird gefordert, Qualifikationen, die in vollschulischen berufsqualifizierenden Bildungsgängen erworben wurden, einer Berufsausbildung gleichgestellt oder zumindest sachgerecht auf eine sich evtl. anschließende duale Ausbildung angerechnet werden. Die derzeitige Form der Berufsausbildungsabschlussprüfung entspricht in weiten Teilen nicht mehr den Anforderungen, die man an eine Berufseingangsprüfung stellen muss. In einer Reihe von Neuordnungsverfahren hat sich diese Erkenntnis in letzter Zeit auch bei den Sozialpartnern durchgesetzt. Daraus wird die Konsequenz abgeleitet, die Abschlussprüfung stärker auf das Gesamtsystem der Berufsausbildung zu beziehen.

Eine spezifische europäische Dimension ist in diesen Positionsbeschreibungen und Zielvorstellungen zur beruflichen Bildung kaum explizit dargestellt.

Die Forderungen an eine europäische Berufsbildungspolitik haben Bund und Länder gemeinsam mit den Sozialpartnern in einem Positionspapier aus dem Jahre 1996 in der BLK festgelegt.³² Es ist dies – meines Wissens – das erste Mal gewesen, dass Deutschland in einer konzertierten Aktion aller in Deutschland Beteiligten versucht hat, offensiv europäische Bildungspolitik zu beeinflussen, also zu agieren und nicht nur zu reagieren. Die wesentlichen Aussagen der damals gefundenen gemeinsamen Position sind:

- Die Unterstützung der Mobilität von Ausbildern und Auszubildenden gehört zum klassischen Bestand einer Politik zur Förderung der europäischen Integration.
- Es muss Ziel jedes einzelnen Mitgliedstaates der EU sein, das eigene nationale Berufsbildungssystem unter Berücksichtigung der Fortschritte bei den europäischen Nachbarn und in der EU insgesamt weiterzuentwickeln.
- Nur auf der Grundlage von Berufsbildungskonzepten, die erfolgreiche Verbindungen zwischen Ausbildung und Beschäftigung schaffen, können die beruflichen Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Europa wirkungsvoll verbessert werden.

³² Siehe hierzu „Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung“, Heft 58.

- Deutsche berufsbildungspolitische Erwartungen an Europa zielen darauf ab, die Erfahrungen der Mitgliedstaaten und die Erträge der europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung stärker zu nutzen, um den Jugendlichen die bestmöglichen Beschäftigungschancen auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- Die Förderung der Mobilität in Europa bleibt für den Prozess der europäischen Integration konstitutiv. Ebenso ist für die volle Verwirklichung der beruflichen Mobilität und der Zusammenarbeit das Erlernen von Fremdsprachen im Zuge der beruflichen Aus- und Weiterbildung von zentraler Bedeutung.
- Die Vermittlung von Kompetenzen für berufliche Tätigkeiten, die europaweit ausgeübt werden können, wird in zunehmendem Maße ein wichtiges Kriterium für die Qualität und Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung.
- Bund, Länder und Sozialpartner befürworten gemeinsam den "Transparenzansatz", da nur durch mehr Transparenz der beruflichen Qualifikation für Arbeitgeber und Arbeitnehmer berufliche Mobilität erreicht werden kann.

Wie sind die Reaktionen auf diese deutschen Positionen in der EU?

Die EU hat die Eckdaten für das neue Programm LEONARDO ab 2000 festgelegt, danach steht für LEONARDO II ein Budget für sieben Jahre von knapp 2,3 Mrd DM zur Verfügung. Das neue LEONARDO-Programm berücksichtigt den Luxemburger Beschäftigungsgipfel, der die Bedeutung der Wissensgesellschaft und des lebenslangen Lernens betont und die Rolle beruflicher Bildung für die Beschäftigungspolitik unterstreicht. Dies wird u.a. deutlich an den neuen bildungsbereichsübergreifenden gemeinsamen Aktionen mit anderen Programmen wie SOKRATES und JUGEND, an der Aufhebung von Altersgrenzen bei Austauschmaßnahmen in der Berufsausbildung, an der Ermöglichung der Verbindung verschiedener Aktionslinien des Programms in Projektanträgen und an der besonderen Betonung betriebsnaher Berufsbildung. Vorgesehen ist in dem Programm nunmehr ausdrücklich die Möglichkeit, verschiedene Maßnahmenteilen miteinander zu verbinden. Im Mobilitätsbereich werden Zusatzförderung für die KMU als Antragsteller und für sprachliche/fachliche Vorbereitung eröffnet. Die neue Förderlinie "Thematische Netzwerke" soll die Nachhaltigkeit europäischer Kooperationen in spezifischen grenzübergreifenden Berufsbildungsfragen erhöhen und den Erfahrungs-

austausch und die Vermittlung von "Best Practice" in den jeweiligen Fachkreisen verbessern.

Die neuen EU-Bildungsprogramme legen besonderes Gewicht auf die Steigerung der Mobilitätsförderung. Jugendliche und erwachsene Erwerbstätige werden zukünftig die europäische Union stärker als Bildungsraum nutzen. Sie werden über Ländergrenzen hinweg kommunizieren, kooperieren und ihren Arbeitsplatz finden. Dem muss Rechnung getragen werden durch eine stärkere Öffnung der nationalen Ausbildungssysteme, durch verstärkte Einbeziehung beruflicher Austauschphasen in andere Mitgliedstaaten der EU und mehr Transparenz der Ausbildungswege und Qualifikationen in den Ländern der EU. Junge Auszubildende können mit Recht erwarten, dass sie ihre Erstausbildung wie auch ihre Weiterbildung in anderen EU-Staaten um europäische Qualifikationen ergänzen können. In dem Zusammenhang wird die Vermittlung von Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, sprachlichen und fachlichen Kompetenzen, das Kennenlernen anderer Systeme und Kulturen und Kenntnisse von ausländischen Märkten einen immer höheren Stellenwert einnehmen. Mit der Entscheidung des Rates der Europäischen Union vom 21. Dezember 1998 zur Förderung von alternierenden europäischen Berufsbildungsabschnitten einschließlich der Lehrlingsausbildung haben sich die Mitgliedstaaten der EU dazu bekannt, dass eine alternierende arbeitsbegleitende berufliche Bildung der beste Weg ist, um Jugendlichen arbeitsmarktnahe Qualifikationen zu vermitteln. Der Europass schafft europaweit eine einheitliche Bescheinigung für berufliche Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden.

Wir sind also offenbar auf gutem Wege, was die Gewährleistung von Transparenz in der beruflichen Bildung angeht. Die duale Ausbildung ist als eine der Möglichkeiten alternierender Ausbildungen in der Union allgemein akzeptiert und als vorzügliches Instrument anerkannt, den Übergang von Ausbildung in den Beruf zu erleichtern. Die im europäischen Vergleich niedrigen Jugendarbeitslosigkeitszahlen in Deutschland sind ein Beleg hierfür. Das gilt im Prinzip auch für die Leistungsschwächeren: Jugendliche mit Lern- und Leistungsschwierigkeiten können in der Regel nicht durch zusätzliche schulische Angebote motiviert werden, sondern eher durch Angebote nichtschulischen Lernens und Trainierens. Hier bietet die duale Berufsbildung ganz hervorragende Ansätze.

Wichtige Voraussetzung für Mobilität ist die Beherrschung einer oder mehrerer fremden Sprachen. Es ist festzustellen, dass auch in der Diskus-

sion um die Neuordnung der berufsschulischen Ausbildung der Fremdsprachenerwerb einen hohen Stellenwert hat. Das Problem ist erkannt, sicherlich in den Strukturen noch nicht gelöst. In Sonderheit ist die Frage der Fremdsprachenausbildung dann ein Problem, wenn Ausbildungsberufe breit geschnitten werden oder Basisqualifikationen vermitteln sollen, auf die dann spezialisierte Ausbildung oder spezialisiertes Training aufgesetzt werden kann. Ich will dies hier im Einzelnen nicht ausführen, sondern nur positiv festhalten, dass die Problematik gesehen und beraten wird.

Seit 1996, dem Jahr der gemeinsamen Positionsbestimmung von Bund und Ländern zur europäischen Berufsbildung, sind wir also ein gutes Stück weitergekommen.

II. Reformvorstellungen zur Modernisierung des dualen Systems

Bisher wird die Diskussion über eine langfristige Reform der beruflichen Bildung in Deutschland zwar in vielen Gremien aber eher verhalten geführt. Die aktuelle Diskrepanz zwischen der Nachfrage nach Berufsausbildung durch Jugendliche und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen stehen im Vordergrund. Trotz einer spürbaren Steigerung der Zahl der neuen betrieblichen Ausbildungsverträge in den alten Ländern und einer erneuten Ausweitung der staatlich vollfinanzierten Ausbildungsangebote vor allem in den neuen Ländern, hat auch 1998 nicht jeder Jugendliche, der ausgebildet werden will und kann, einen Ausbildungsplatz erhalten. Die Bundesregierung hat angesichts dieser Lage am Ausbildungsstellenmarkt am 25. November 1998 das "Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher" beschlossen. Durch das Programm kann allen ausbildungsgeeigneten Jugendlichen, die bei den Arbeitsämtern als unvermittelt registriert waren, ein Ausbildungsangebot unterbreitet werden.

Innerhalb der BLK ist die Diskussion darüber aufgenommen worden, ob und wie unser berufliches Bildungswesen langfristig modernisiert werden kann. Wir sind dabei auch bereit, über bislang Tabuisiertes offen zu reden.

Das duale System ist nicht in der Theorie entstanden, sondern hat sich schrittweise als Ergebnis einer nationalen Sozial- und Kulturgeschichte

im Rahmen der jeweils wirksamen Interessen- und Machtkonstellationen entwickelt. Euler weist in der in der BLK 1998 veröffentlichten Untersuchung "Modernisierung des dualen Systems"³³ darauf hin, dass es nicht per se das "beste" System geben kann, sondern nationale Berufsbildungssysteme immer nur im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit zur Erreichung ausgewiesener Ziele diskutier- und beurteilbar sind. So sehen beispielsweise einzelne europäische Länder die Berufsbildung in erster Linie als Mittel der Wirtschaftspolitik, während in Deutschland die Berufsbildung zudem mit einem Bildungsauftrag verbunden wird. Das duale System zeigt sich heute als eine Konfiguration von rechtlichen Normen und traditionsbegründeten Konventionen. Als wesentliche Ordnungsprinzipien lassen sich u.a. das Berufsprinzip, das Konsensprinzip und das Subsidiaritätsprinzip hervorheben.

Das duale System ermöglicht durch die Verzahnung von Theorie und Praxis in unterschiedlichen Lernorten eine didaktisch hochwertige Ausbildung. Das ihm immanente Konsensprinzip gewährleistet die Wirksamkeit von qualitativen Mindeststandards in der Berufsausbildung. Das ihm zugrunde liegende Berufsprinzip unterstützt die Berücksichtigung individueller Ansprüche an Karriereplanung, Mobilitätsförderung, Einkommenssicherung und Identitätsentwicklung. Es leistet einen Beitrag zur sozialen Integration, indem es auch jenseits der akademischen Bildungsgänge eine fundierte Qualifikationsgrundlage schafft und einen Puffer zwischen Schul- und Beschäftigungssystem aufbaut und so die Gefahr von Jugendarbeitslosigkeit reduziert.

Euler benennt zwei Modernisierungsbereiche:

- Didaktische und curriculare Modernisierung dualer Ausbildungsgänge
- Schaffung von attraktiven und konkurrenzfähigen Bildungsgängen in schulischer Verankerung.

Seine Reformvorschläge konzentrieren sich insbesondere auf

- die Bedarfsabstimmung zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem
- Erhöhung des Ausbildungsstellenangebotes
- Attraktivität des dualen Systems für die Jugendlichen

³³ „Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung“, Heft 62.

- Modularisierung im Rahmen einer Zusatzqualifizierung für leistungstärkere und im Rahmen neuer Ausbildungsgänge für leistungsschwächere Auszubildende
- betriebliche Ausbildungsqualität
- Abstimmung der Lernorte
- schulische Ausbildungsqualität.

Einige der von Euler angesprochenen Problembereiche und vorgeschlagenen Veränderungen sind in Beschlüssen und Empfehlungen der BLK bereits aufgegriffen.

Die von der BLK verabschiedeten innovativen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von lern- und leistungsschwächeren Jugendlichen in der beruflichen Bildung³⁴ sollen die Chancen für alle Jugendlichen erhöhen, einen anerkannten Berufsabschluss zu erwerben. Nur so kann Mobilität in Europa erreicht werden. Die Vorschläge der BLK konzentrieren sich insbesondere auf die Verstärkung und Absicherung von Kooperationsaktivitäten und die Qualifizierung des an der Förderung von Benachteiligten mitwirkenden Personals. In einer von der BLK durchgeführten Fachtagung zur Förderung von Benachteiligten wurden u.a. folgende Anregungen gegeben:

- Die arbeitsweltnahe Ausgestaltung sozialpädagogisch begleiteter Praktikumsphasen sowie die systematische Förderung des Lernens in der Berufsausbildung muss verbessert werden.
- Die personellen und materiellen Ressourcen der Akteure sollten durch überinstitutionelle Kooperation aller Stellen, die sich für Benachteiligte ehrenamtlich oder professionell verantwortlich fühlen, effizienter genutzt werden.
- In den Regionen sollten Gesamtkonzepte zur Förderung Benachteiligter geschaffen werden, in die die Arbeitsverwaltung, die Jugend- und Sozialhilfe, freie Träger sowie die Kultusseite ihre Beiträge einbringen und in denen sie ihre spezifische Verantwortung wahrnehmen können.

³⁴ „Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung“, Hefte 52 und 70.

- Durch die Bereitstellung von Stellen, die Verbesserung sozialpädagogischer Berufsschullehrerausbildung und die Schaffung von Möglichkeiten zur ständigen Fortbildung sollte die sozialpädagogische Betreuung der Berufsausbildung verbessert werden.

Nur so kann Chancengleichheit auf dem deutschen und europäischen Arbeitsmarkt hergestellt werden.

1997 hat sich die BLK mit der Aus- und Weiterbildung zur unternehmerischen Selbständigkeit befasst und ein Jahr später eine Fachtagung zu dieser Thematik durchgeführt.³⁵ Die BLK geht in ihren Positionen zur Vorbereitung auf unternehmerische Selbständigkeit im Rahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung von einer ganzheitlichen Betrachtungsweise aus, d.h. sie stellt die potentielle Unternehmerpersönlichkeit in das Zentrum ihrer Überlegungen. Die Vorbereitung auf unternehmerische Selbständigkeit ist auch eine Frage der Entwicklung von Persönlichkeiten, der Ausprägung, Stabilisierung und Förderung von Persönlichkeitseigenschaften und Merkmalen, die eine selbständige unternehmerische Tätigkeit über Grenzen hinweg fördern. Dabei ist eine umfassende Sicht auf den künftigen Existenzgründer erforderlich, wobei der Erwerb von Kenntnissen und die Ausprägung von Fähigkeiten während der Berufsausbildung die Grundlage bilden. In der Weiterbildung können dann darauf aufbauend die spezifischen Qualifikationen vermittelt werden, die für eine Unternehmensgründung erforderlich sind. Zugleich geht es aber auch immer um Motivation, um Willens- und Charaktereigenschaften, um Kreativität, Risikobereitschaft, um Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit. Die Unternehmerpersönlichkeit entscheidet wesentlich über Erfolg oder Misserfolg einer Existenzgründung. Eng verbunden damit ist auch die Frage nach dem Innovationsklima im gesellschaftlich-sozialen Umfeld, d.h. im privaten Umfeld, in den Schulen, in den Betrieben, in denen Jugendliche ausgebildet werden und in der Berufsschule. Wenn man die Tatsache akzeptiert, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Existenzgründungen unter dem internationalen Durchschnitt liegt, muss auch nach den Ursachen gefragt werden, nach den Bedingungen im gesellschaftlich-sozialen Umfeld, die Unternehmergeist fördern bzw. behindern. Im Ergebnis der genannten Fachtagung wird nachdrücklich die Forderung nach einer Kultur zu mehr Selbständigkeit an die Gesellschaft und

³⁵ „Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung“, Hefte 55 und 65, siehe auch zu den Hochschulen Heft 51.

speziell an das Bildungswesen unterstrichen. Je positiver die Gesellschaft die Selbständigkeit sieht, desto überzeugender ist der pädagogische Prozess in den Bildungseinrichtungen zu unternehmerischer Selbständigkeit. Die Schüler sollen zu selbständiger Tätigkeit motiviert werden, die Schulen sollen die Jugendlichen in Denken und Handeln dazu erziehen und damit ihre Lebensprojektion formen, ohne ihre Gestaltungsfreiheit zu beschränken. Berufsausbildung sollte die Entscheidung zum Unternehmertum, zur selbständigen Tätigkeit als sinnvolle Perspektive herausstellen. Die allgemeinbildenden wie die beruflichen Schulen haben sich diesen veränderten Bedingungen der Arbeits- und Berufswelt zu stellen und dabei unvoreingenommen die unternehmerische Selbständigkeit zu fokussieren und das Rüstzeug für diese Option zu liefern.

Mit ihren beiden Modellversuchsprogrammen "Neue Lernkonzepte in der Berufsausbildung" und "Kooperation der Lernorte"³⁶ will die BLK einen Beitrag leisten zur nachhaltigen Verbesserung der Ausbildungsqualität und insofern auch zur Verbesserung der Mobilität der Jugendlichen.

III. Ausblick

Sie sehen meine Damen und Herren, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Reformvorschlägen der Wissenschaft und der Politik vorliegen, dass manches bis zur Umsetzung gediehen ist; ich habe allerdings Zweifel, ob dies alles ausreicht, um tatsächlich den Anforderungen des nächsten Jahrtausends standzuhalten. Die vom BMBF in Auftrag gegebene Delphi-Studie zur Zukunft des deutschen Bildungswesens bis zum Jahr 2020 sieht für die zukünftige Informations- und Wissensgesellschaft folgende vier Qualifikationsfelder als bestimmend an:

- inhaltliches Basiswissen
- personale Kompetenzen
- soziale Fähigkeiten und
- Fertigkeiten.

Wenngleich die Förderung des Allgemeinwissens der Studie zufolge Ziel des gesamten Bildungswesens sein sollte, so behält in der beruflichen Bildung die spezifische Fachkompetenz ihren hohen Stellenwert. Die Be-

³⁶ Siehe hierzu „Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung“, Heft 75.

gründung ist insbesondere darin zu sehen, dass berufsübergreifende Qualifikation nicht fachliche Kompetenzen ersetzen können. Vielmehr werden solche Qualifikationen wie Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit oder Problemlösefähigkeit erst im Kontext von Fachinhalten erworben. Im Bereich der beruflichen Bildung werden von einer Mehrheit der Experten folgende Entwicklungen bis zum Jahr 2020 erwünscht und auch erwartet:

- die Reform und Modernisierung der Berufsschulbildung
- die Differenzierung der Berufsausbildung
- die Tertiärisierung der dualen Ausbildung
- eine enge Verzahnung von Aus- und Weiterbildung
- die Internationalisierung der beruflichen Bildung.

Diese Berufsausbildung soll auf eine Arbeitswelt vorbereiten, die voraussichtlich nicht mehr die auf Dauer angelegte Beschäftigung in *einem* Betrieb zum Leitbild hat, auf eine Arbeitswelt, in der Betriebe ihre feste Organisationsform zugunsten offener Strukturen verändern, in denen je nach Projekt und Auftragsgegebenheiten jeweils wechselnde Belegschaften die Unternehmensziele zu erreichen haben, auf eine Arbeitswelt, in der "virtuelle Unternehmen" zunehmen werden, die nicht in der Realität, sondern lediglich in der Idee aus räumlich weit verteilten "Einzelkämpfern" oder Gruppierungen bestehen, die sich jeweils nach Bedarf in wechselnder Zusammensetzung zu einem Unternehmen zusammenschließen bzw. zur Erledigung bestimmter Projekte zusammengestellt werden. Wenn dies zutrifft, dann wird der Anteil der Stammbesellschaften und der längerfristig an das Unternehmen gebundenen Führungskräfte zurückgehen; es werden sich auf allen Qualifikationsebenen neben der Kernbelegschaft nicht ständig beschäftigte Ergänzungsbelegschaften bilden. Dies wird den hochspezialisierten und hoch bezahlten EDV-Spezialisten, der mit seinem Wissen von Unternehmen zu Unternehmen wandert, genau so betreffen wie den beruflich Qualifizierten. Sehr viel stärker als bislang wird die Arbeitswelt dann durch befristete Beschäftigungsverhältnisse geprägt sein und durch neue Formen von Selbständigkeit. Persönliche Erwerbsbiographien werden nicht mehr wie gewohnt als ineinander übergehende Folgen von aufeinander aufbauenden Positionen verlaufen werden. Das Arbeitsleben des Einzelnen wird in wachsendem Maße durch Brüche, Wechsel, Umwege und Suchprozesse charakterisiert sein. Phasen der abhängigen Beschäftigung, der Selbständigkeit und der Suche nach geeigneter Beschäftigung werden einander abwechseln und zu "Patchwork-Biogra-

phien" führen, wie dies kürzlich Frau Dr. Görner in einem BLK-Gespräch zu den Anforderungen der Arbeitswelt an das Bildungswesen³⁷ genannt hat. Berufsausbildung für ein gesamtes Arbeitsleben wird es nicht mehr geben. Der Bundeskanzler hat dies in seiner Regierungserklärung plastisch beschrieben mit dem Satz "ausgelernt haben" gibt es nicht mehr. Ich weiß, dass ich heftigen Widerspruch vieler Berufsbildner ernte, wenn ich feststelle, dass diese Zukunftsperspektive unserer Arbeitswelt massiven Einfluss weit über das hinaus, was bislang diskutiert wird, auf unsere Berufsausbildung haben muss. Ich glaube nicht, dass die Berufsausbildung im nötigen Umfang die Bereitschaft zu solcher Mobilität, zur Umschulung innerhalb und außerhalb des Betriebs zur Weiterbildung und Veränderung der Qualifikationen fördert, wenn sie als Hauptanliegen postuliert ihre Absolventen berufsfertig zu machen. Sie verfehlt die Ansprüche der Arbeitswelt, wenn sie glaubt, diesen Herausforderungen nur durch Addition von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur traditionellen Berufsausbildung begegnen zu können. Die Notwendigkeit und Normalität von Umschulung, von Umqualifizierung muss Auswirkungen auf die Inhalte der beruflichen Erstausbildung haben. Die Berufsausbildung muss, wenn dieses Szenario auch nur in Ansätzen richtig ist, ihre Leitbilder verändern und den Jugendlichen ein gänzlich anderes Bild als bisher von beruflicher Normalität vermitteln. Dazu gehört

- die Bereitschaft zur Selbständigkeit als selbständiger Unternehmer oder in einem Unternehmen sehr viel stärker als bislang zu fördern,
- die Einsicht zu vermitteln, dass in späteren Lebensphasen als Normalfall Phasen neuer Qualifizierung eintreten werden und dass Phasen ohne Arbeit als Folge von veränderten Qualifikationsanforderungen und die Suche nach neuen Beschäftigungen normal sein werden. Sie muss den Jugendlichen vermitteln, dass ihr Arbeitsmarkt nicht mehr Deutschland, sondern Europa und die Welt ist. Darauf muss sie die Qualifikationen ausrichten. Wir werden nicht nur Importland für Arbeitskräfte bleiben, sondern wir werden auch Arbeitskräfte exportieren müssen.

Unter diesem Aspekt sind die derzeitigen Diskussionen um 630 DM-Jobs, um Scheinselbständigkeit nurmehr Rückzugsgefechte; die Tatsache, dass die Diskussion um die Sicherung unseres Sozialsystems derartige Szenarien jedenfalls öffentlich wahrnehmbar noch nicht in den Blick genom-

³⁷ "Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung". Heft 74.

men hat, die ja zu ganz anderen Formen der sozialen Absicherung des Einzelnen führen müssten, als wir sie bislang haben, ist für mich Ausweis dafür, dass wir immer noch erhebliche Defizite bei der Formulierung einer Bereiche übergreifenden kohärenten Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik haben.

Ich hoffe, dass der nun beginnende Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft im "Forum Bildung" zu Fragen auch der Internationalisierung unseres Bildungswesens neue Erkenntnisse und andere Problemzugänge eröffnet als wir dies in einer häufig sektoral sehr begrenzten Sicht es bislang haben verwirklichen können. Insoweit freue ich mich auf die kommenden 2 1/2 Jahre, in denen das "Forum Bildung" bei der BLK tagen soll.